

Was wird aus dem einstigen deutschen Protektorat in Afghanistan?

Nach dem Fall der afghanischen Provinzhauptstadt Kundus an die Taliban mehren sich die Stimmen, den geplanten Abzug der letzten Bundeswehrsoldaten, der für 2016 vorgesehen war, auszusetzen. Zwar soll die Stadt am Donnerstag von den afghanischen Regierungstruppen teilweise zurückerobert worden sein. Doch ohne NATO-Spezialkräfte und US-Luftschläge wäre dies kaum möglich gewesen, die Regierungstruppen sind in einem desolaten Zustand. Die Bundesregierung rechnet mit einer Massenflucht der Bevölkerung.

»Wenn wir davon sprechen, Ursachen von dieser Flüchtlingskrise zu beseitigen oder zu bekämpfen, dann können wir auf keinen Fall jetzt sagen, wir halten an dem aktuellen Zeitplan zum Abzug fest«, sagte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, André Wüstner, am Donnerstag im *Deutschlandfunk*. Die Situation in der Stadt Kundus wirke sich auf ganz Afghanistan aus. Wüstner hatte zuvor gefordert, die Bundeswehr länger in dem Bürgerkriegsland zu stationieren und mehr Soldaten dorthin zu schicken. Zur Zeit sind noch gut 800 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, 700 davon in Masar-i-Scharif, 150 Kilometer westlich von Kundus.

Auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, hält einen umfassenden Militäreinsatz für notwendig, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. »Nur ein erneuter massiver Kampfeinsatz der NATO könnte die Situation bereinigen«, sagte Kujat den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Donnerstag). Dazu sei die internationale Staatengemeinschaft aber nicht bereit. »Es zeichnet sich ab, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Taliban die Macht im Land übernehmen.« Der ehemalige Generalinspekteur zeigte sich von der Situation im Land nicht überrascht: »Diese Entwicklung hat sich seit mehr als zwei Jahren abgezeichnet.« (dpa/jW)

<http://www.jungewelt.de/2015/10-02/024.php>